

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

20 (25.1.1909)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Expresstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Anserte: Die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 10 Fig. Total-Anserte billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Anserten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Anserten müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Residenz, Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh. Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: G. Adel, alle in Karlsruhe.

Für den Ansertenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Die Fortbildung der Arbeiterversicherung in Deutschland.

Während die Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterversicherung heute von keiner Seite mehr angezweifelt wird, herrscht doch über die Art und den materiellen Inhalt der Reform lebhafter Streit. Die Regierung ist von ihrem ursprünglichen Plane, die drei jetzt vorhandenen Zweige der Versicherung einheitlich zu gestalten, Schritt für Schritt zurückgewichen. Aus dem Programm der im Oktober vorigen Jahres abgehaltenen Konferenzen im Reichsamt des Innern zu schließen, will die Regierung die Bureaufratifizierung der Arbeiterversicherung, die sie auf dem Gebiete der Invalidenversicherung so „erfolgreich“ begonnen hat, bei Gelegenheit dieser Reform vervollständigen.

Die Vertreter der Versicherten sind diesem Programm der Regierung bereits deutlich und energisch entgegengetreten. Ja, wenn man den Äußerungen der Unternehmer und ihrer Organe trauen darf, so haben auch diese einen unüberwindlichen Abscheu vor einer Erweiterung des Machtbereiches der staatlichen Bureaufratifizierung innerhalb der sozialen Versicherungsgesetzgebung. Selbst wenn jedoch, namentlich im Hinblick auf das Ergebnis der oben erwähnten Konferenzen, die gegenwärtig Rechte der Selbstverwaltung so gesichert wären, wie sie es zu sein scheinen, so kann das der Arbeiterschaft keineswegs genügen. Die Praxis beweist vielmehr täglich aufs neue, daß die Arbeiterversicherung, namentlich die Unfall- und Invalidenversicherung, ohne eine erweiterte Teilnahme der Versicherten an der Verwaltung dieser Einrichtungen trotz aller Reformen der Regierung eine gesunde Fortentwicklung nicht erfahren würde.

Die Selbstverwaltung der Versicherten kann sich jedoch nur da als segensreich erweisen, wo ihrem Betätigungsdrange nicht allzu enge Schranken durch eine reaktionäre und veraltete Gesetzgebung gezogen sind. Eine vollständige Reform müßte daher auch auf eine Erweiterung und Vervollkommnung der Leistungen der Arbeiterversicherung das Hauptgewicht legen. Davon scheint die Regierung jedoch noch weniger wissen zu wollen, als von einer Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte.

Wie wenig die Regierung geneigt ist, freiwillig etwa eine Erhöhung der spottniedrigen Invalidenrenten zuzugestehen, beweist u. a. der Inhalt der Denkschrift, die von der Regierung zu der Frage der staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten dem Reichstage vorgelegt wurden. Um den Gedanken eines Ausbaues der Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes von vornherein im Keime zu ersticken, befürwortet die Regierung in dieser Denkschrift eine Sonderversicherung der Angestellten außerhalb der Arbeiterversicherung, damit die von den Angestellten gewünschten höheren Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge ermöglicht werden.

Die nächste Zukunft wird jedoch der Regierung und den mit diesem Plane ebenfalls liebäugelnden Parteien beweisen, daß sich die Arbeiterschaft durch solche, offenbar recht staatsmännisch klug sein sollende Sozialpolitik von ihren Forderungen nach materieller Ausgestaltung der Arbeiterversicherung nicht abbringen lassen wird. Sie wird vielmehr die ihr zugeordneten Benachteiligungen zu würdigen wissen. Mit aller Energie müssen die den Privatangestellten gemachten Zugeständnisse für die Gesamtheit der Arbeiterklasse (einschließlich der Privatangestellten) in Anspruch genommen werden.

Das Leitmotiv für die Einführung der Invalidenversicherung wie der Arbeiterversicherung überhaupt war bekanntlich nicht nur eine Verbesserung der Armenpflege, sondern die Arbeiter sollten auch zufrieden gemacht werden. Diese „Aufgabe staatsbehaltender Politik“ wurde jedoch so mangelhaft erfüllt, daß die Arbeiterschaft durch die neue Versicherung nur noch unzufriedener wurde. Namentlich die Möglichkeit der Invalidenrenten bewies, wie gering die bestehende Klasse die Existenz des Arbeiters einschätzt. Im Jahre 1900 belief sich der Durchschnittswert der Invalidenrente auf 142,54 Mk. jährlich. 1907 war der Durchschnittswert auf 166,04 Mk. jährlich gestiegen. Diese Steigerung ist zunächst auf die längere Geltungsdauer des Gesetzes zurückzuführen. Dann aber auch auf die durch das

Ansteigen der Löhne erfolgende Versicherung in einer höheren Beitragsklasse. Die durchschnittliche Höhe eines Wochenbeitrags betrug 1900: 22,55 Pf. und stieg bis zum Jahre 1906 auf 24,46 Pf. Während im Jahre 1900 von je 100 Wochenbeiträgen auf Klasse I (bis 350 Mk. Jahresverdienst) 18,09 Beiträge entfielen, kamen im Jahre 1906 nur noch 12,7 Prozent der Beiträge auf Klasse I. Ebenso ist der Prozentanteil in Klasse II von 34,2 auf 29 gefallen, dagegen in Klasse III von 23,8 auf 24,4 Proz., in Klasse IV von 15,8 auf 18,3 Proz. und in Klasse V von 7,3 auf 15,6 Prozent gestiegen.

Haben aber schon die Lohnerhöhungen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht Schritt halten können, so ist die durch die Lohnerhöhungen erzielte Steigerung der Renten noch weit weniger ausreichend. Die indirekten Steuern sind in Deutschland seit dem Jahre 1878 von 10,82 Mk. auf 25,52 Mk. jährlich, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, angestiegen. Eine Familie von vier Kindern hat daher etwa 153 Mk. jährlich an indirekten Steuern zu zahlen. Dieser indirekten Steuer kann der Arbeiter auch nicht ausweichen, wenn er invalide wird. Nach dem durchschnittlichen Wert der Invalidenrente bemessen, reicht also die Invalidenrente gerade hin, um einen invaliden Arbeiter und seine Familie von den indirekten Steuern zu befreien. Kein Wunder, wenn es nicht gelingen will, die Arbeiterschaft durch die Arbeiterversicherung zu fridionieren zu machen.

Die Erhöhung der Renten muß daher im Vordergrund jeder Reform der Invalidenversicherung stehen. Ohne Rentenerhöhung keine Reform.

Ein anderer Faktor, der dem Arbeiter die Invalidenversicherung wertvoll erscheinen lassen könnte, ist das vorbeugende Heilverfahren. „Krankheiten verhüten ist tausendmal wertvoller als Krankheiten heilen.“ Im § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes ist den Landesversicherungsanstalten die Befugnis eingeräumt, ein Heilverfahren in dem ihnen geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Aber wie oft machen die Landesversicherungsanstalten von ihren Befugnissen keinen Gebrauch! Während der Kostenaufwand für das vorbeugende Heilverfahren sich im Jahre 1902 auf 251,92 Mk. und 1903 auf 263,83 Mk. pro Person belief, sank die Ausgabe hierfür seitdem ständig. Sie betrug 1906 nur noch 249,10 Mk. pro Person. Insgesamt wurden 1906 rund 16,6 Millionen Mark, 1907 dagegen nur noch rund 15,1 Millionen Mark für das Heilverfahren aufgewendet. Noch engherziger wie mit der Einleitung des Heilverfahrens sind die Landesversicherungsanstalten mit der Bewilligung von Renten. Ziel doch die Zahl der bewilligten Renten von 150 209 im Jahre 1903 auf 111 885 im Jahre 1906 herab!

Dabei ist nicht etwa Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel die Ursache dieser Sparmaßnahmen. Das zeigen die geradezu glänzenden Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung. Die Gesamteinnahme sämtlicher Träger der Invalidenversicherung betrug 1907 mehr als 226 Millionen Mark. Das Gesamtvermögen bezifferte sich 1900 auf 847 Mill. Mark, 1907 auf 1404 Mill. Mark. Der Ueberschuß des Jahres 1907 beziffert sich auf 85,5 Mill. Mark. Am Schlusse des Jahres 1908 werden etwa rund 1 1/2 Milliarden Mark an Vermögen angehäuft sein. Diese unsinnige Anhäufung von Millionen und aber Millionen aus den Beiträgen der Arbeiter, während die Invaliden Hunger leiden, das ist eines der traurigsten Kapitel unserer Sozialreform.

Die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherung wirkt so vorzüglich in den Rahmen unserer preußisch-deutschen Regierungsmaximen, daß man es verstehen kann, wenn die Regierung nichts sehnlicher wünscht, als die gesamte Arbeiterversicherung in dieses Schema hineinzupressen. Mit abhängigen, bürokratisch gedrückten Beamten hofft sie besser auszukommen, als mit den rückgratfesten Vertretern der Versicherten.

Die Arbeiterklasse muß diesen nahe vor der Vollendung stehenden Bestrebungen der Regierenden in Deutschland die ganze Wucht ihrer Agitation, ihres politischen Einflusses entgegensetzen. Sie muß die verführte Rückwärtsentwicklung der Arbeiterversicherung durch eine kraftvolle Agitation beantworten, die getragen wird von der Forderung einer wirksamen und volkstümlichen Fortentwicklung der Arbeiterversicherung. h. l.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratische Magistratsräte.

Nürnberg, 23. Jan. Bei den Magistratswahlen in Fürth erhielt die Sozialdemokratie 3 und der Blod 5 Mandate.

Eine „Reform“.

Berlin, 23. Jan. Der Kaiser hat, wie „N. O. C.“ meldet, verfügt, daß der bisherige „Hofbericht“, der täglich durch das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet wurde und auf Mitteilungen des Oberhofmarschallamtes beruhte, nicht weiter erscheinen solle. Der „Reichsanzeiger“ soll — und zwar nur zweimal wöchentlich — von jetzt ab über die Tageserlebnisse des Kaisers in „kurzer Fassung“ berichten, und diese Berichte sollen dann durch das Wolffsche Bureau weitergegeben werden. Die Meldung des „N. O. C.“ wird uns von zuständiger Stelle bestätigt. Das Wolffsche Bureau erhielt erst heute Mittag die offizielle Mitteilung, daß der „Hofbericht“ in der bisherigen Form zu existieren aufgehört.

Verstärkung der soz. Reichstagsfraktion Schwedens.

Stockholm, 23. Jan. Der Stockholmer Bürgermeister und Reichstagsabgeordnete Lindhagen ist am Dienstag der Arbeiterkommune Stockholm und somit der sozialdemokratischen Parteiorganisation beigetreten. Er nahm noch am selben Tage an der sozialdemokratischen Fraktionslösung teil. Der Fraktionsvorsitzende, Genosse Branting, ließ das neue Parteimitglied willkommen und bezeichnete seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie als eine Konsequenz der radikal-demokratischen Anschauungen Lindhagens und als den formellen Schritt, der ihn bisher noch allein vom sozialdemokratischen Lager trennte. Durch den Uebertritt ist die sozialdemokratische Fraktion des schwedischen Reichstags auf 34 Köpfe angewachsen.

Privat-Telegramme.

Die Gegenmaßregeln in Rixdorf.

Rixdorf, 25. Jan. Die sozialdem. Fraktion des Stadtverordneten-Kollegiums hat beschlossen, alle Vorlagen des Magistrats, mit Ausnahme der sog. Arbeitervorlagen, abzulehnen. Dieser Beschluß bedeutet insofern eine unglückliche Situation für die Gemeindeverwaltung, als besonders die Vorlagen über Grundstücksverkäufe nur mit sozialdem. Hilfe angenommen werden sind.

Der Reichstagsabgeordnete Reese †.

Berlin, 25. Jan. Der Reichstagsabgeordnete für Städt. Bremerbüde ist gestorben. Im Jahre 1907 wurden in der Stichwahl für Reese 14 995, für unsern Genossen Rhein 6551 Stimmen abgegeben.

Bülow drückt sich.

Berlin, 25. Jan. An den heutigen Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsreform wird Bülow nicht teilnehmen. Auch sonst wird die Regierung keine Stellung nehmen.

Straßendemonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in Preußen.

Magdeburg, 25. Jan. Im Anschluß an die gestrigen Protestversammlungen wegen der geplanten Ungültigkeitserklärung der sozialdemokratischen Mandate sammelten sich auf der Straße viele tausend Menschen. Die Polizei war von dieser Demonstration überrascht und eilte zu Fuß und zu Pferd herbei. Doch kam es zu ernstlichen Zwischenfällen nicht. Unausgesehen ertönten Schreie auf das allgemeine Wahlrecht. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Berlin, 25. Jan. An den Versammlungen nahmen etwa 25 000 Menschen teil, die auf die Straße gingen. Polizei war in Scharen aufgebotsen, um das Schloß war eine dreifache Postenkette gelegt. Das Militär mußte bis abends 7 Uhr in den Kasernen bleiben. Große Zusammenstöße ereigneten sich nicht.

Politische Uebersicht.

Vizepräsident Bernerstorfer beim Kaiser von Oesterreich.

Der „Münch. Post“ wird aus Wien geschrieben: „Vor einigen Tagen erging an das Präsidium des Parlaments, das heute wieder zusammengetreten ist, die Einladung des Kaisers, bei ihm Audienz zu nehmen. Diese Einladung ist üblich bei jeder Neuwahl des Präsidiums; da nun kürzlich die Zahl der Vizepräsidenten von zwei auf fünf erhöht war, wurde auch an diese die Einladung gerichtet. Es handelt sich dabei um einen rein formalen Akt, der bloß dadurch Interesse gewann, daß sich unter den neu erwählten Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Bernerstorfer befand. Er ist ja nicht bloß Vertreter einer antimonarchischen Partei, er hat auch persönlich von den ersten Zeiten bis in die letzten wiederholt die Dynastie im Parlament aufs schärfste angegriffen. Noch in allgemeiner Erinnerung dürfte stehen, daß vor zehn Jahren der von ihm getadelte, seither verstorbene Erzherzog Otto auf Bernerstorfer in dessen Wohnung einen Ueberfall machen ließ. Vor dem sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus stand nun die Frage, wie auf die Einladung der Kabinettskanzlei zu antworten sei. Als Gründe für die Annahme wurden geltend gemacht, daß es sich um eine rein formale Frage handle, um einen bloßen Höflichkeitssakt; eine Ablehnung aus prinzipiellen Gründen wäre Aufwendung von überflüssigem Pathos und eine Ablehnung unter dem Vorwande persönlicher Umstände (Anwohnen oder dergleichen) würde lächerlich erscheinen, auch in jedem Wiederholungsfalle nur die Verlegenheiten erhöhen. Es wurde sogar gesagt, in der Einladung Bernerstorfers liege vielmehr für den Kaiser selbst eine Lobebewingung, er beuge sich vor der neuen Machtstellung der Partei. Als Gegenargumente wurden angeführt, gerade weil es sich um eine Formfrage handle, sei die Einladung nicht anzunehmen. Würde es sich um eine wichtige politische Frage handeln, oder würde der Kaiser etwa wie in Ungarn bei jeder Ministerkrise die Parteiführer zu sich berufen, so müßte man freilich geben, weil man sonst der Souveränität des Parlaments und den Interessen der Arbeiter etwas vergäbe. Aber die Befolgung rein formaler Höflichkeit sei nicht Sache einer Partei, die sich immer wieder als republikanische bekannere. Auch bestehe die Gefahr, daß die Arbeiter den Vorgang mißverstehen könnten. Sich krank zu melden, sei nicht lächerlich, sondern einfach die höfliche und doch verständliche Form der Ablehnung. Diese Diskussion wog sich übrigens nur in einem engeren Kreise, ohne in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erregen. Die Mehrheit des Verbandes entschied für die Annahme der Einladung.“

Deutsche Politik.

Der Wahlrechtsstreit in Rixdorf gesichert. Der Rixdorfer Magistrat hat der von der bürgerlichen Rathhausmehrheit beschlossenen Wahlrechtsveränderung seine Zustimmung gegeben. Damit hat sich der Magistrat mit der national-liberalen Rathhausmehrheit in Gegensatz zu der über großen Mehrheit der Rixdorfer Steuerzahler gelegt. Offiziell ist über den Magistratsbeschluss noch nichts bekannt. Sorgen der Agrarier. In der „Kölnischen Volkszeitg.“ war angeregt worden, es möge dem Kaiser Gelegenheit geboten werden, mit Mitgliedern der verschiedenen Reichstagsfraktionen in zwanglose Unterhaltung zu kommen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist darüber entsetzt; sie hält es für ganz selbstverständlich, daß der Kaiser bloß mit Vertretern der bürgerlichen Parteien in Verbindung gebracht werden dürfe und meint dann weiter, daß eine Entwicklung des persönlichen Regiments die Folge eines solchen Verkehrs wäre. Es versteht sich, daß die Bündler irgend eine Auffassung des Kaisers nicht wünschen, sondern es für viel zweckmäßiger halten, wenn der Kaiser nach wie vor von seinem Kanzler informiert wird, von demselben Kanzler, der auf einem agrarischen Festessen den Wunsch ausgesprochen hat,

Problematische Naturen.

Roman von Fr. Spielhagen.

(Fortsetzung.) Das ist schön, sagte Oswald. Das ist die echte Thril, wie wir sie heute leider nur zu selten finden. Nicht die Treibhausdichtung jener Dichter, die mit Anklängen an Heine beginnen, in der Mitte einige Remasche Alfordes anschlagen und mit einer freilich schließlichen Panfaze schließen. Welch ein wahres, inniges Gefühl erwärmt diese Verse! Und dabei diese kernige Kraft der Sprache: Ein dunkler Ehrenmann! Das ist einfach, aber schön; das haben Sie Ihrem Goethe abgelauscht. Sie sind wahrlich zu gültig, lieber Gastfreund! sagte Primula hocherfreut. In der Tat, Sie beschämen mich durch Ihr preisgebiges Lob. Aber, seien Sie ehrlich, finden Sie nicht, daß wenigstens für den modernen Geschmack, das Ganze doch ein wenig zu ideal gehalten ist? Vielleicht für unsere Realisten, die allerdings in ihren Anforderungen etwas weit gehen und in ihrem Bestreben, alles recht natürlich zu machen, im Faust nächstens den Budek auf die Bühne bringen und durch Aneisen in den Schwanz zum Bellen und Geulen veranlassen werden. Aber ich bin überzeugt, daß wenn Sie nur wollen, Sie auch diesen Herzen gerecht werden können. Was halten Sie von diesem Gedichte? fragte die Dichterin: An meinen Hausgahen. Oswald lehnte sich wieder in seine Ecke. Gleich Richard von der Normandie, Fürcht' ich mein Feld im Leben nie, Dem bange nicht, sobald er schrie: Kritiki! Das ist nicht! sagte Oswald. Nicht wahr? sagte Primula. Am späten Abend schwärmt er nie, Doch munter ist er morgens früh, Drum haßt ihn auch das faule Vieh Kritiki!

man möge seinen Leichenstein mit der Aufschrift versehen: „Hier ruht ein agrarischer Reichskanzler.“ Ein Junker für die Nachlasssteuer. Der Generalleutnant v. D. v. Alton tritt in der „Kreuzzeitung“ für die Nachlasssteuer ein. Er legt seinen Gefinnungsgegnern dar, daß sie für diese Steuer ruhig stimmen könnten, wenn die Gefahren beseitigt sind, die der Vererbung des Grundbesitzes erwachsen können. Andere große Völker haben diese Steuer getragen, ohne Schaden am Spar- und Familiensinn zu leiden und das Beispiel Japans sei, daß, wenn die Not drängt, die Steuer doch erzwungen werden kann. Der General kennt keine Junkergegnen schlecht; die beste Antwort hat der Junker v. Oldenburg-Jamischau auf der Versammlung der westpreussischen Agrarier gegeben. Wenn auch Herr v. Oldenburg mit seinen Worten nicht sehr genau zu nehmen pflegt, so kann man sich doch immer darauf verlassen, daß das, was er sagt, die Auffassung der Agrarier widerspiegelt.

Ausland.

Frankreich.

So vergeht die Herrlichkeit des Gottesgnadentums. Die Pariser Pfandleihanstalt hat bekannt gemacht, daß die für 1250 000 Frks. verpfändeten Edelsteine, sowie die Krone des früheren Sultans Abdul Aziz von Marokko demnächst an den Meistbietenden verkauft werden.

Badische Politik.

Zur Brückierung der Demokraten

bei der Kandidatenaufstellung in Durlach wird der „Frankf. Zeitung“ aus Baden geschrieben: „Nach den Unbegreiflichkeiten der letzten Monate und Wochen sollte von der national-liberalen Parteileitung Wert darauf gelegt werden, daß dem Wiederzustandekommen des Blocks nicht noch mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, als dies bisher schon geschehen ist. Es ist jedenfalls im höchsten Grade illogisch, wenn die Liberalen in Durlach-Stadt glauben, über die berechtigten Ansprüche der Demokratie zur Tagesordnung übergehen zu können, zumal bei den bisherigen Besprechungen über eine Erneuerung des Blockabkommens die gegenseitige Anerkennung des Bestehens als Grundlage gegolten hat. Das begreift demnach die Anerkennung des Rechts der Kontrahenten an sich, Wahlkreise, die ihnen früher zugestanden waren, auch diesmal wieder zu besetzen. Diese Abmachungen werden aber durch das Vorgehen der Durlacher Liberalen durchbrochen und es bleibt daher dringend zu wünschen, daß die Parteiführer, die es zunächst angeht, alsbald eingreifen.“ Ja, was sollen denn die Durlacher Demokraten machen? Die demokratische Parteileitung gibt sich die denklichste Mühe, den Block wieder zusammenzuleimen; da kann man doch in Durlach nicht den Krieg proklamieren. Die National-liberalen haben in Durlach den Demokraten noch einen üblen Streich gespielt, als den Freisinnigen in Lörrach-Land. Wie gering muß der Respekt vor den linksliberalen Bundesgenossen bei den National-liberalen sein, wenn sie glauben, sie so brüskieren zu dürfen.

Zum Kapitel Volksschulend.

Die Volksschule in Rohrbach bei Heidelberg zählt gegen 230 Kinder, die von zwei Hauptlehrern unterrichtet werden. Wegen der großen Kinderzahl und der ungenügenden Räumlichkeiten im alten Schulhaus, wurde die Gemeinde genötigt, ein neues Schulhaus zu bauen, da ein weiterer Lehrer hierherkommen sollte. Seit Oktober ist das neue Schulhaus bezogen, aber immer ist noch kein weiterer Lehrer da. Der alte Mißstand besteht noch immer. So wie in Rohrbach liegen die Verhältnisse in vielen Dörfern von Gemeinden. Und da straft man die Männer noch, die diese ändernden Zustände geißeln, damit es endlich besser werde. Wir müssen in Baden noch auf Jahre hinaus mit einem erheblichen Mangel an Lehrern und Schulräumen rechnen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Jan.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr, 20 Minuten. — Am Bundesratsisch befinden sich Kommissare. Zunächst wurde der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Wechselstempelsteuergesetzes in dritter Beratung ohne Debatte angenommen. Es folgt sodann die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung.

Abg. Dr. Brunckmann (Reichsp.): Die Novelle enthält ein bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens gegen die kleinen Bundesstaaten. Wir sind bereit, den ganzen Gesetzentwurf ohne Kommissionsberatung anzunehmen.

Abg. v. Brockhausen (Konf.) wünscht Ueberweisung an die Kommission für die Finanzreform.

Abg. Quard (natl.): Der § 4 des bestehenden Gesetzes, wonach die Beamten dort legitimiert werden müssen, wo sie ihr Gehalt beziehen, hat zu großen Unzutraglichkeiten geführt. Deshalb begünstigen wir die Novelle, deren hauptsächlichste Bestimmung dahin geht, daß in Zukunft die Beamten in demjenigen Bundesstaate besteuert werden sollen, in dessen Gebiet sie ihren Wohnsitz haben.

Oldenburgischer Bevollmächtigter v. Euden dankt der preussischen Regierung für die Einbringung der Vorlage und bittet um möglichst rasche Erledigung der Angelegenheit.

Nach weiteren Bemerkungen mehrerer Redner erklärt Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Regierung ist bereit, in der 2. Lesung des Materials über die finanzielle Wirkung des Gesetzes vorzulegen.

Hierauf wurde der Antrag auf Ueberweisung des Gesetzes an eine Kommission abgelehnt. Die zweite Beratung wird später im Plenum stattfinden.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung betreffend die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.

Abg. Fürst Radziwill (Pol.): Der Staatssekretär hat nicht den Beweis erbracht, daß die polnischen Berufsvereine sich politisch betätigen. Bedauerlich ist das Umfallen des Liberalismus, der erst so entschieden gegen den Sprachenparagrafen Stellung nahm und später ebenso entschieden dafür eintrat. Vergewandte Zeit sind diese Verhandlungen nicht, denn es handelt sich um die Schädigung der wichtigsten Interessen großer Bevölkerungskreise in Deutschland. Das Mitleid mit den Unglücklichen in Sizilien wird zu Unrecht zur Schau getragen von denjenigen, die ihre eigenen Schutzbefohlenen im Lande der ökonomischen Vernichtung preisgeben. Wenn die Polen den Haß gegen die Deutschen schüren, so wird das auch von uns gemißbilligt. Ich hoffe, daß das Verhältnis der Polen zum Zentrum auf der Grundlage des kirchlichen Bekenntnisses sich als eine Schutzmauer gegen die umstürzlerische Agitation erweisen wird. (Beifall bei den Polen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Wenn der Vorredner mit dem Vorwurf macht, daß ich mein Material nur aus Zeitungsausschnitten begründet hätte, so ist das nicht richtig. Ich bin sehr sorgfältig bei der Sammlung meines Materials gewesen. Jedenfalls habe ich nur Tatsachen vorgebracht. Ich habe nachgewiesen, daß der Zusammenschluß der polnischen Arbeiterberufsvereinigungen in dem Schüren des Hasses gegen das Deutschtum seinen Ausdruck findet.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn der Abg. Junck als beschämend fand, daß so wenig Material von uns beigebracht worden sei, so zeigt er damit, daß er kein liberaler Mann ist. Beschämend ist es, daß sich im Reichstag jemand findet, der behauptet, daß diese ständischen Zustände nichts zu bedeuten haben. Das zeugt von keinem Ehrgefühl eines freien Mannes. (Redner wird für diesen Ausdruck zur Ordnung gerufen.) Entscheidend für uns ist die Vertupplung des Gesetzes mit einem Ausnahmefestgesetz gegen die Polen. Das Gesetz wird meist in schroffer Form angewandt. So hat der Ministerpräsident neulich im Abgeordnetenhaus für eine stark und furchtlose Anwendung der Gesetze gegen die Sozialdemokratie sie ausgesprochen. Seine Rede war ein Appell an die burraukratische Selbstherrlichkeit zur Schlanierung der Sozialdemokratie und zur mißbräuchlichen Anwendung des Vereinsgesetzes. Es steht fest, daß eine Anzahl freisinniger Ab-

Für's Liebchen scheut er keine Müh', Bald fragt er dort, bald fragt er hier, Und fand er was, so ruft er fre: Kritiki!

Und ist mein Feld auch kein Genie, Und sein Gehalt nicht Poesie, So stimmt mich doch, ich weiß nicht wie Sein Kritiki!

Nun, was sagen Sie, lieber Freund? Was soll ich sagen, erwiderte Oswald, als daß Sie Ihre Ansicht vollkommen erreicht haben. Der Hörer glaubt sich auf den Hünerhof versetzt. Die Töne, die Sie hier anschlagen, sind wahre Naturtöne, aus dem Herzen der Dinge heraus. Das Gedicht ist ein kleines Meisterstück im modern realistischen Geschmack. Aber jetzt, verehrte Frau, eine Bitte: Wie sehr es den Wert der Gedichte auch erhöht, sie aus dem wohlklingenden Munde der Dichterin zu hören — ich möchte mir den Eindruck dieses letzten Gedichtes nicht gern vermischen lassen. Was auch noch kommen mag, dies war die Grenze des Erreichbaren. Nur dieses eine müssen Sie mir noch erlauben. Es bildet mit den beiden anderen gleichsam eine Trilogie, ein Summatrium dessen, was ich den Tieren abgelauscht. Darf ich beginnen? Bitte!

In einem Raifäfer, draufdem Rücken lag.

O Du Raichant der lust'gen Maiennacht! Hast Du geschwelgt in den Blütenlüften, Hast Du gebadet in den weichen Lüften Vom Abend, bis der neue Tag erwacht? Und haßt des Lebens Kürze nicht bedacht? Nicht: wie so bald in dunklen Grabesgrüften Ruh'n zarte Knöchel, ach! und üpp'ge Hüften, Und Lippen, die nur eben led gelacht? Jetzt steigt Du matt auf Deinem Flügelstid. Ich lese stumm in Deinen ernsten Zügen, Und dunkle Runen sch' ich dort geschrieben. Ach! nur ein Taumeln war Dein bestes Lieben! Drum, die Du liebtest, mußtigen Dich betrügen, Des Maies Käfer, falscher Liebes Bild.

Die schöne Vorleserin war zu Ende. Da tönte in das enttäuhte Schweigen, in welches Oswald versunken schien und Primula jedenfalls verfunken war, das Rollen eines Wagens, der denn auch alsbald vor dem Hause stillhielt.

Frau Pastorin, Frau Pastorin! schrie das Dienstmädchen mit ängstlichen Tönen in den Garten hinein. Oswald atmete auf. Hier kam Besuch und mit dem Vorlesen war es auf alle Fälle vorbei. Vielleicht konnte er auch seinem Besuch bei dieser Gelegenheit ein Ende machen.

Es sind Klüggen, liebe Gustava, sagte der Pastor, der durch die Gartentür den Wagen refognosziert hatte. Die gnädige Frau und zwei Fräulein Töchter. Willst Du nicht eilen? —

Entschuldigen Sie mich, werter Gastfreund, sagte die Dichterin, eiligt das Volk schließend; aber Sie wissen, so oft wir versuchen, einen lächerlichen Flug zu nehmen —

Frau Pastorin, Frau Pastorin! schrie es immer ängstlicher von der Gartentüre her. Ich komme! rief die verführte Primula und eilte den sonnenbeschienenen Gartentweg entlang dem Hause zu.

Wollen wir nicht ebenfalls — sagte der Pastor. Entschuldigen Sie mich, wenn ich bitte, mich jetzt entfernen zu dürfen, unterbrach ihn Oswald. Aber weshalb, lieber Freund? Frau von Klüggen ist eine höchst vortreffliche Dame und die Töchter, wenn auch nicht schön —

Und wären sie schön wie die Engeln, ich müßte auf das Vergnügen verzichten, sie jetzt zu sehen. Adieu, adieu! Entschuldigen Sie mich bei Ihrer Gemahlin! Nicht wahr, die Pastorin ist nicht verführbar?

Und damit eilte Oswald von dem Pfarrer, der viel zu gut von sich und seiner Primula dachte, als daß er den eiligen Rückzug des Gastfreundes nicht einzig aus dessen Scheu, mit der unbekanntem hochadeligen Familie zusammenzutreffen, hätte erklären sollen, fort aus dem Garten durch die Pforte auf die Dorfstraße, von der Dorfstraße hinaus auf die Felder und gänzte sich nicht cher Raft, als bis die Bäume des Waldes, hinter welchem, wie er wußte, das Gut Melitta's lag, über seinem Haupte sich wölften.

(Fortsetzung folgt.)

geordnet für das Gesetz stimmt hat, weil sie ihm eine engere Auslegung geben als der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg. Diese Freisinnigen hätten genügt, das Gesetz zu Fall zu bringen, wenn sie dagegen gestimmt hätten. Das Reichsgesetz wird die Zahl der unzähligen Klagen vermehren, die sich die Reichspolizei wie die preussische Polizei zugezogen hat. (Müge des Präsidenten.) Was die launigen Ausführungen des Staatssekretärs betrifft... (Redner wird zum zweitenmal zur Ordnung gerufen.) Wegen derartiger Gesetze wird das deutsche Reich im Ausland als rückständig betrachtet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Bundesratsvollmächtiger Geheimrat Dr. Fischer: Wenn der Vorredner behauptete, daß die sächsische Polizeibehörde bei der Auflösung von Versammlungen rigoros vorgeht, so beweist er, daß er keine blasse Ahnung von den sächsischen Verhältnissen hat.

Abg. Schirmer (Ztr.): Wegen einer Polenpolitik der Unterdrückung protestieren wir aus Gründen des Rechts und im Interesse der Freiheit. Vom Arbeiterstandpunkt aus legen wir Protest gegen den Sprachenparagrafen ein. Wir verlangen, daß der § 12 nicht auf die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsversammlungen angewendet wird.

Direktor des Reichsamts des Innern Just: Der preussische Minister des Innern verfügte an die Regierungspräsidenten, daß als Publikationsorgane für die Anfründigung von Versammlungen die im Bezirk am meisten verbreiteten Blätter gelten sollen, die auch Anfründigungen von sozialdemokratischen und politischen Versammlungen aufnehmen müssen.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Freis. Vp.): Wir sind unter allen Umständen gegen Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Den immer wieder erhobenen Vorwurf, daß wir bei diesem Gesetz unsere Grundzüge preisgegeben hätten, weise ich mit Entrüstung zurück.

Abg. Stöckel (Pol.): Die Polen wenden sich nicht gegen das Deutschstum, sondern gegen die Habschaften und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung.

Abg. v. Liebert (Reichsp.): Wir wünschen keine Abänderung des Vereinsgesetzes. Wir bedauern den Verlust dreier Tage durch diese Verhandlungen. Die Parallele des Fürsten Radzivil zwischen Mesina und der politischen Lage der Polen war ganz deplaziert.

Darauf tritt Vertagung ein.

Abg. Ledebour (Sog.) bemerkt persönlich: Ich verstehe nicht, daß der Präsident die persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen des Abg. Dr. Müller-Meinigen gegen mich nicht gerügt hat.

Vizepräsident Kaempf weist den Vorwurf mangelnder Gezieltigkeit zurück.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. — Gesetzentwurf betr. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Zur Bürgermeister-Affäre in Schoppehem.

Der vor anderthalb Jahren als Berufsbürgermeister gewählte Rechtsanwalt und Offizier der Reserve, Herr Adolf Maier aus Freiburg, wurde am Freitag Abend von der Staatsanwaltschaft verhaftet und ins hiesige Amtsgefängnis zur Untersuchung abgeführt; nachdem er zwei Tage vorher veranlaßt wurde, den Bürgermeisterposten niederzulegen. Unser sonst so ruhiges Amtskollegium ist in großer Erregung. Wie immer in solchen Fällen, werden zum Teil fast fabelhafte Dinge verbreitet. Der aufmerksame Beobachter muß herausfinden, daß sich bereits eine bestimmte „Gruppe“ gebildet hat, welche bestrebt ist, das gewisse Uebel so schlecht als möglich hinzustellen. Unumstößliche Tatsache ist, daß die bereits gemeldeten 2000 Mk., welche ihm in seiner Eigenschaft als Bürgermeister übergeben wurden, monatlang in seinem Privatbesitz sich befanden und erst auf Einwirkung abgeliefert wurden. Das „Marktgr. Tagbl.“ schreibt zwar in seiner Samstagnummer etwas von 7800 Mk., was von unrichtiger Seite aber bestritten wird. Erfolgt keine Nichtigstellung, so bleibt es bei den obigen 7800 Mk. Was zur Verhaftung führte, ist folgendes: M. war seit 1904 Vermögensverwalter der Familie Wally in Säckingen; als solcher sollte er nun eine Schlussabrechnung an seinen Nachfolger, Notar Blümel in Säckingen, aufstellen, diese wurde trotz eindringlicher Mahnung unterlassen, die vorläufige Untersuchung stellte fest, daß ein Betrag von 46 000 Franken, der in Wertpapieren angelegt sein soll, fehlt.

Für viele ist unverständlich, daß ein Mitglied des hiesigen Gemeinderats, der M. seinerzeit mit auf den Schild erhob, mit zu der Familie zählt, deren ungetreuer Vermögensverwalter M. seit 1904 war und von der ganzen Sache erst vor wenigen Tagen erfuhr.

Das „Marktgr. Tagbl.“ schreibt in seiner Samstagnummer von „finanziellen Schwierigkeiten“ des M. Nun ist aber gleichzeitig erwiesen, daß M. in Freiburg 15 000 Mk. Einkommen und seit seiner hiesigen Tätigkeit circa 40 000 Mk. Kapital veräußerte; die Sache wird immer rätselhafter, die anfangs dieser Woche einsetzende Untersuchung wird erst Klarheit bringen.

Beachtenswert ist zur Sache weiteres: Mit großer Bestimmtheit wird behauptet, daß M. einer Freiburger Freimaurerloge angehört, worin sich auch einflussreiche Mitglieder des Schoppehemer Bürgerausschusses befinden und daß von dort aus M. hierhergeschoben worden sei. Versetzt man die Momente, die seinerzeit vor der Bürgermeisterwahl sich zeigten, so bekommt obige Behauptung etwas Greifbares. Wir kommen auf jene „Momente“ noch später besonders zurück.

Wer Gelegenheit hatte, M. kennen zu lernen, der findet es unbegreiflich, daß M. zu solchen Taten fähig war, er hofft immer noch bestimmt, daß die fehlenden 46 000 Mk. in Wertpapieren sich in den völlig ungeordneten Akten noch vorfinden werden.

In Freundeskreisen will man schon längere Zeit einen Nervendefekt an M. entdeckt haben, der ein „Längen- und Breitenlassen“ selbst bringender Sachen verursacht haben soll. Allgemein ist man gespannt, was die nächsten Tage bringen werden. Herr Maier wurde das volle Vertrauen in allen Schichten der Bevölkerung entgegengebracht und er ging mit großem Eifer und frohen Hoffnungen daran, unser aufstrebendes Gemeinwesen vorwärts zu bringen; nach kaum anderthalb Jahren hat er ein so bitteres Ende gefunden.

Kommunalpolitik.

Für die Arbeitslosen.

In Gemeindefolge in München hat die sozialdemokratische Fraktion heute folgenden Dringlichkeitsantrag einge-

bracht: 1. Denjenigen männlichen Arbeitslosen, die bei der ersten Auszahlung am 23. Januar 1909 nachzuweisen in der Lage sind, daß sie mindestens zwei Wochen arbeitslos sind, ist der doppelte Betrag auszubeholden. 2. Den weiblichen Arbeitslosen, die in Handel, Verkehr, Handwerk und in der Industrie beschäftigt waren, ist unter den gleichen Voraussetzungen ebenfalls eine Unterstützung von 2 Mk. wöchentlich zu gewähren. Der Magistrat hat diese Forderung abgelehnt.

Die Hamburger Bürgerschaft hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 200 000 Mk. für Notstandsarbeiten bewilligt.

Die Gewerbeordnungs- und die Notwendigkeit des Ausbaues der Invalidenversicherung

war der Gegenstand der Verhandlung in einer Versammlung, welche das Gewerkschaftsamt und die sozialdem. Partei Karlsruhe auf Samstag Abend in der Restauration Aufmann einberufen hatten. Als erster Redner sprach Arbeitersekretär Gen. Willi über die Gewerbeordnungs-Novelle, welche gegenwärtig dem deutschen Reichstage vorliegt. Er führte u. a. aus: Die kaiserliche Botschaft von 1890 hat seinerzeit dem arbeitenden Volk viel des Guten und Schönen versprochen und gutgläubige Seelen waren damals überzeugt, daß jetzt bessere Zeiten für die Arbeiterzeit kommen werden. Der Inhalt jener kaiserlichen Botschaft blieb weit hinter dem zurück, was man in anderen Staaten, z. B. der Schweiz, an sozialen Gesetzen schon hatte. An einem wirklich durchgreifenden Arbeiterschutz fehlt es bei uns heute noch und die Aussicht, daß wir einen solchen bald bekommen werden, ist heute in der Ära des Bloß-Rochstages weniger denn je vorhanden, dürfte es doch fürst Bülow erst in jüngster Zeit wagen, dem Stillstand der sozialen Gesetzgebung das Wort zu reden. Dabei könnte unsere Industrie eine Weiterentwicklung der Arbeiterschutzgesetz sehr gut vertragen. Die Industrialisierung Deutschlands ist seit 1891 derart fortgeschritten, daß wir im Jahre 1906 ungefähr doppelt soviel Aktiengesellschaften hatten, als im Jahre 1891. Auch die Gesamtproduktion ist bedeutend gestiegen. Die Geschäftsergebnisse der Industrie sind keine schlechten, wenn wir sehen, daß Aktiengesellschaften 25, 30, 40, sogar 45 Proz. Dividenden verteilen. Und bei solchen Erfolgen behauptet man, die Industrie sei an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit betreffs der sozialen Gesetze angelangt. Allem Anschein nach wollen die bürgerlichen Parteien den vorliegenden Entwurf zur Gewerbeordnung noch verschleppen, trotzdem derselbe ein wirklich fortschrittliches Geisteswerk enthält und als elendes Pflaster bezeichnet werden muß. Man will damit dem arbeitenden Volk nur Sand in die Augen streuen. Behauerlich ist, daß man nicht sagen kann, daß sich die Arbeiter gerade groß darüber aufregen. Dieser Schlandrian ist ein großes Unheil für das arbeitende Volk. Es dürfte sich ein Beispiel an der Energie des Junkertums nehmen, die als kleine Interessentliebe das gesamte deutsche Volk von 60 Millionen Menschen wirtschaftlich beherrschen. Die Drohnen der Gesellschaft haben bei uns die gesamte Gesetzgebung an sich gerissen, machen die Gesetze, wie sie ihnen passen. Für den Arbeiter, den Erzeuger aller Werte, kommt kaum soviel dabei heraus, daß er für sich und die Seinen nur notdürftig zu essen hat, trotzdem er eher das Recht für sich in Anspruch nehmen kann als jene, teilzunehmen an allem, was das Leben an Gutem und Schöner bietet. Aber wie gesagt, die Arbeiter sind selbst schuld daran, daß sie von gedekten Tische besetzt geüben werden. Es könnte anders sein, wenn sie laut rufen würden um ihr Recht, derart, daß es den Herrschenden in die Ohren gellt. Redner geriefte alsdann dem Entwurf in seinen einzelnen Teilen und wies nach, wie lächerlich rückständig die meisten Bestimmungen desselben sind, in vielen Punkten sogar hinter dem, was wir zum Teil schon haben, hinterherhinken. Was die Arbeiter verlangen müssen, sei vor allem ein einheitliches Arbeiterrecht. Schutz gegen das Trudsystem und die jogen. Wohlfahrtsanstaltungen, mehr Rechte bei den Arbeitsordnungen, andere Arbeiterausgänge, Sonntagsruhe, Schutz der jugendlichen Arbeiter, den Neunstunden-Arbeitszeit, Schutz der Heimarbeiter, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht und Sicherstellung des Koalitionsrechtes. Er empfahl der Versammlung die Annahme folgender Resolution:

Die Entwicklung der Industrie hat in den letzten Jahrzehnten so gemaltige Fortschritte gemacht und die Profite des Kapitals so gesteigert, wie nie in der Vergangenheit. Die Produktivität ist durch technische Verbesserungen und durch Steigerungen der Intensität der Arbeit gewachsen, in vielen Gewerbezweigen mehr als verdoppelt und die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vermehrt. Während in den letzten Jahrzehnten für die Grundbesitzer und Kapitalisten große Vorteile auf Kosten der Arbeiter durch die Gesetzgebung geschaffen wurden, kam die Arbeiterschutzgesetzgebung völlig zum Stillstand. Die am 16. Dezember 1907 dem Reichstage vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung erfüllt nicht entfernt die berechtigten Forderungen der Angestellten und Arbeiter. Demgegenüber fordern die Versammelten vom Reichstag und der Reichsregierung:

Grundlagen für ein einheitliches Arbeiterrecht mit zwingenden Recht für alle zugunsten der Arbeiter und Angestellten getroffenen gesetzlichen Bestimmungen.

Sicherung des Lohnes gegen Schädigungen durch das Trudsystem; desgleichen gegen das zur Umgehung des Gesetzes raffiniert ausgedachte Prämien- oder Lankemmensystem, das es ermöglicht, Lohnabzüge zu machen, die sonst gesetzlich verboten wären; Sicherstellung der Beiträge für sogenannte Wohlfahrtsanstaltungen; Schutz der in Betriebswohnungen wohnenden Arbeiter vor Bedrückungen durch den Vermieter der Wohnung.

Größere Rechte der Angestellten und Arbeiter bei Festsetzung von Arbeitsordnungen. Die Arbeitsordnung darf nicht einseitig vom Unternehmer oder Unternehmerverbänden diktiert werden.

Die Arbeiterausgänge müssen durch allgemeine, direkte und geheime Wahlen gewählt und deren Mitglieder in der Ausübung ihres Amtes geschützt werden.

Verbot von Konkurrenzklauseln, Personal-konventionen und ähnlicher Abmachungen, die geeignet sind, den Angestellten oder Arbeiter in ihrem ferneren Fortkommen zu hindern.

Ausdehnung der Sonntagsruhe, und für solche Arbeiter, die an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, eine ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden, und für zwei

aufeinanderfolgende Sonn- und Feiertage von 60 Stunden in derselben Woche.

Ausdehnung des Schutzes für jugendliche Arbeiter auf alle Beschäftigten im Alter von unter 18 Jahren. Neunstundenarbeitszeit als Uebergang zum Achtstundenarbeitszeit für alle in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Dreißigstündigem für alle Arbeiter in Anlagen mit ununterbrochen arbeitenden Betrieben.

Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf die Heimarbeiter.

Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf alle Betriebe des Gewerbes (einschließlich der Heimarbeit), der Industrie, des Bergbaus, Handels und Verkehrs auch auf die sogenannten landwirtschaftlichen Nebenbetriebe unter Beteiligung der Arbeiter an der Aufsicht.

Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

(Lebhafter Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Genosse Guth über das Thema: „Die Notwendigkeit des Ausbaues der Invalidenversicherung zu einer ausreichenden Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung.“ Anknüpfend an die Worte des Vorredners wies derselbe darauf hin, daß die Versammlung angeht des vorliegenden Themas ganz anders besetzt sein müßte. Wenn das arbeitende Volk sich um seine Interessen kümmern würde, müßte der größte Saal von Karlsruhe nicht ausreichen. Es sind jetzt 9 Jahre her, daß das neue Invalidengesetz, das alte abgelöst hat. Viel besser ist es auch nicht geworden. Spärlische Renten — gute Beamtenversorgung, das ist es, woran man nach wie vor steht. Eine Erhöhung der Invalidenrente ist nicht mehr wie billig, denn was die armen Teufel jetzt bekommen, ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Das Reich sollte eben zur Versicherung einen größeren Zuschuß geben und das kann es, wenn es will. Aber es hat bis jetzt nur für die Reichs- und Altersversicherung 51 Millionen. Die Altersrente sollte unbedingt mit dem 60. Lebensjahre in Kraft treten. Als man 1902 den Posttarif dem deutschen Volk schmackhaft machen wollte, hat man sich viel auf die projektierte Witwen- und Waisenversicherung zugute getan. (Ruf: „Zentrum!“) Man hat diesem Fond bis jetzt ganze 50 Millionen zugeführt. Aber was will das heißen. Wenn man jeder armen Witwe jährlich nur 100 Mk. geben will, sind ganz andere Summen erforderlich. Der ganze Schatzung entpuppt sich daher als ein plummes Zentrumsmanöver, mit dem man dem Volk Sand in die Augen streuen wollte. Wenn man nur einigermaßen an den Ausgaben für Meer und Marine sparen wollte, würde man gut so viel erübrigen können, um für die Witwen und Waisen und die Invaliden der Arbeit zu sorgen. Jedenfalls sollte man zu diesem Zweck die hohen Einkommen durch eine wirksame Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer heranziehen. Wer hat soll geben. Wenn das Reich ein christliches Reich wäre, als welches es sich so gerne bezeichnet, müßte es die Erfüllung dieser Aufgaben als eine Ehrenpflicht betrachten. Das wäre christlich. Der Redner empfahl alsdann die Annahme folgender Resolution:

Die Existenz der Arbeiter ist abhängig von der Verwertung ihrer Arbeitskraft. Deren Schwächung oder Verlust bewirkt in der Regel den wirtschaftlichen Untergang des Arbeiters und seiner Familie. Es ist deshalb eine unerlässliche Pflicht von Staat und Gesellschaft, allen Arbeitnehmern beim völligen oder teilweisen Verlust ihrer Arbeitskraft ein Existenzminimum durch eine staatliche Zwangsversicherung zu gewähren.

Die bestehende Arbeiterversicherung genügt diesen Ansprüchen heute weniger denn je, insbesondere sind die Invalidenrenten durchaus unzureichend. Die Arbeiterzeit fordert daher namentlich einen umfassenden Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung zu einer ausreichenden Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung.

Die Versammelten erklären deshalb auch das Bestreben der Privatangestellten nach einer besseren Fürsorge auf dem Wege einer staatlichen Zwangsversicherung für durchaus berechtigt, müssen sich aber mit aller Entschiedenheit gegen die in neuerer Zeit hervorgetretenen Vektoren wenden, die dieses Ziel durch die Schaffung einer Sonderversicherung für die Privatangestellten erreichen wollen. Die Gewährung von Sonderprivilegien an einen Teil der Arbeitnehmer ist nicht zu rechtfertigen und bedeutet eine schwere Benachteiligung und Zurücksetzung aller übrigen Arbeitnehmer. Die Versammelten erblicken darin eine bewusste Verletzung ihrer aus der gleichen wirtschaftlichen Notlage geborenen Rechte. Sie protestieren nachdrücklich gegen jede weitere Zersplitterung der Arbeiterversicherung und verlangen von den gesetzgebenden Körperschaften, daß die bessere Fürsorge für alle Arbeitnehmer in einer einheitlichen Versicherung verwirklicht wird.

Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen und die Diskussion nicht gewünscht wurde, die Versammlung um 1/2 12 Uhr geschlossen.

Aus der Partei.

Sagstfeld. Bei der gestern hier stattgefundenen Parteifertigung wurde Gen. Trinks als Kandidat für den 40. Bezirk aufgestellt.

Neues vom Tage.

München, 22. Jan. Ein Wagen der bayerischen Chauffeurskule stürzte auf der Robert von Lohhof nach München in einen Graben, wobei ein Chauffeursküler den Tod fand.

Mün, 22. Jan. Ein Juwelier aus Cannstatt stellte sich der Kärner Kriminalpolizei mit der Angabe, er habe vor 4 Jahren in Cannstatt seine Frau ermordet. Mehrere andere Personen kamen damals in den Verdacht der Täterschaft. Der Mörder wurde verhaftet, die Cannstatter Behörde telegraphisch verständigt.

Trier, 22. Jan. Durch Erd- und Steinmassen wurden infolge eines Sprengschusses beim Wahnau-Edorf-Witburg ein Schachtmeister und ein Arbeiter verschüttet. Beide sind tot.

Bern, 22. Jan. Am Jurka-Pass wurden 4 Touristen von einer Lawine verschüttet. Zwei Engländer, sowie der Führer wurden als Leichen geborgen.

Seite 2.
n, 23. Jan.
Kommissare.
die Abände-
beratung ohne
entwurfs zur
der Doppel-
le enthält ein
gen die klei-
Gesetzentwurf
sigung an die
Gesetzes, wo
wo sie ihr
iten gefährd-
ichste Bestim-
demjenigen
biet sie ihren
nkt der preu-
e und Sittet
erklärt
Regierung ist
ngzuelle Wir-
des Gesetzes
ng wird spä-
ntreffend die
ar hat nicht
vereine sich
s Liberalis-
paragrafen
ur eintrat.
enn es han-
den großer
d mit den
zur Schau
ohlen im
Wenn die
ed das auch
s der Polen
rlich en
die um-
den Polen.)
Vorredner
ar aus Bei-
richtig. Ich
aterials ge-
Ich habe
n Arbeiter-
gegen das
o wenig
er damit,
daß sich im
Anbalösen
einem Grün-
Ausdruck
Vertuppe-
die Polen.
t. So hat
für eine
ite Sozial-
appel an
erung der
g des Ver-
niger Ab-
n das ent-
und Pri-
gens, der
nstmädchen
dem Vor-
er auch
astor, der
tte. Die
u nicht
die Dich-
oft wir
nglicher
en sonne-
entfernen
lgen ist
uch nicht
auf das
al Ent-
ie Pfor.
viel zu
n elligen
eu, mil
en, hätte
auf die
der und
Balbes,
ag, über

LAUSISCHE WIRTSCHAFT
Bruchsal.

Die Vorgänge in der Maschinenfabrik Bruchsal vormals Schnabel u. Henning werden im „Bruchsal. Boten“ nach echter Zentrumsmanier behandelt. Er schreibt:

„Unser Eintreten für die Arbeiterschaft bei „Schnabel u. Henning“ ist seitens allerseitig dem Ernste der Lage entsprechend gewertet worden. Leider macht aber dabei gerade das sogenannte Arbeiterblatt, der „Vollstrecker“, sehr seltsame Sprünge. Wir haben es vor einigen Wochen bedauert, daß der „Vollstrecker“ anlässlich der Beamtenentlassung gleich mit öffentlichen Angriffen vorgegangen und so anderen ausichtsreichen Bemühungen nahezu den Weg verlegt hatte. In der letzten Samstagnummer leistet er sich nun etwas, was auch von sozialdemokratischen Arbeitern geradezu als Verrat an ihrer Sache angesehen werden muß. Er schrieb in unglaublicher Verblendung plötzlich alle Schuld an der mißlichen Lage der Arbeiterschaft auf den Zolltarif. Was sollen da die entlassenen Arbeiter erwidern, wenn die Direktion auf den „Vollstrecker“ hinweisend sagt, der Zolltarif ist schuld? Hat denn der „Vollstrecker“ die Millionenvergeßnisse vergessen, die er dem Werte auch nach Einführung des Zolltarifs vorgerechnet? Wir hoffen, die Bruchsaler sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dem „Vollstrecker“ selbst das Nötige antreiben.“

Zunächst stellen wir fest, daß wir unsern ersten Artikel in Nummer 13 nicht auf den Artikel des „Boten“ hin gebracht haben. Der Artikel ist bereits vorher bei uns eingelaufen und konnte wegen Raumangel erst aufgenommen werden, als der Artikel im „Boten“: „Wo bleibt das Gefühl der Verantwortlichkeit?“ bereits erschienen war. Der „Boten“ sucht nun in seinem Artikel in Nr. 14 den Glauben zu erwecken, der „Vollstrecker“ würde in seiner Samstagnummer einzig und allein den Zolltarif für die mißliche Lage der Arbeiter verantwortlich machen. Bewiß hat die Direktion auch nach dem Zolltarif Millionen-Gewinne erübrigt, aber das sollte man schließlich auch einem Waldmichelredakteur noch begreiflich machen können, daß ohne den Zolltarif für die Bruchsaler Arbeiterschaft mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre, wenn die Aufträge statt in Waldfellen in Bruchsal erledigt werden würden. Die Direktion hat die Filiale in der Schweiz doch nicht zum Spah erichtet, sie will doch einfach die Zollschranken, die durch die verbrecherische Zentrumspolitik errichtet wurden, umgehen. Die Bruchsaler sozialdemokratische Arbeiterschaft wird uns da gar nicht „antreiben“. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind nämlich von anderer Qualität, als diejenigen, die durch systematische Verdummung in den Zentrumskonventionen so sich nennen: „Kathol. Volksverein“, „Kathol. Gesellenverein“, „Christliche Gewerkschaft“, „Kathol. Jünglingsverein“, „Marianische Jungfrauenkongregation“ und wie die zahlreichen Verdummungsvereine alle heißen, für die Beweisführung der Zentrumsblätter empfänglich gemacht werden. Daß unser Artikel in besagter Samstagnummer als „Verrat an der Arbeiterschaft“ angesehen werden muß, kann der „Boten“ vielleicht seinen Waldmicheln in Hinterwäldchen vormachen, sonst aber wohl niemand. Viel eher dürfte die Aussicht vorhanden sein, daß es die katholischen Arbeiter dem Zentrum noch „antreiben“ dafür, daß sie infolge der Zentrumspolitik des Zentrums und die damit zusammenhängenden Lebensmittelerhöhung der Schmachtriemer jetzt um einige Löcher enger schnallen müssen.

Freiburg.

Sozialdem. Verein. Parteigenossen! Erscheint morgen Abend in der Generalversammlung; die Tagesordnung ist wichtig. (Siehe Vereins-Anzeiger.)

An der letzten Bürgerausschuhssitzung wurde die Vorlage auf Anlauf des öffentlichen Gutes in Forten abgelehnt, ebenso die Vorlage auf Errichtung einer städtischen Betriebszentrale.

Unter der Auflage des Raubs standen dieser Tage vor dem Schwurgericht der 23jährige Schreiner Leo Nombach von hier und der 21 Jahre alte Tagelöhner Karl Schöpflin von Birsfelden (Schweiz). Die Angeklagten luden am 4. Nov. v. J. den Tagelöhner Dürr vor die Stadt zum Dreifachmiser. Dort nahmen sie ihm unter Drohungen und mit Gewalt das Portemonnaie mit 24 M. Inhalt ab. Beide Angeklagte wurden unter Annahme mildernder Umstände zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vom Hauptbahnhof. Das Gesetz der Entwicklung macht sich mehr und mehr auch an unserem Hauptbahnhof geltend und drängt zu entsprechenden Erweiterungen. Der Hauptbahnhof genügt den Anforderungen des heutigen Verkehrs nicht mehr. Zu diesem Zweck werden schon seit einiger Zeit bauliche Veränderungen vorgenommen, die sich bis zum Frühjahr hinaus dehnen werden. Die Innenräume sind viel zu klein. Telegraphen- und Gepäckbureau, Schaltereinrichtung genügen nicht mehr. Die früheren Gänge rechts und links werden mit den Bickhof vereinigt. Die Bureauäumlichkeiten im Portierereisabden wesentliche Erweiterungen. Die Wohnung im 2. Stock wird ebenfalls etwas eingestärkt. Die Post- und Arbeitslokale werden ebenfalls vergrößert, während der Aufenthaltsraum für Soldaten in ein anderes Gebäude verlegt wird. Man glaubt, daß diese baulichen Veränderungen auf längere Zeit genügen. Das mag sein, aber zur Entwicklung der Stadt Freiburg als Fremdenstadt harmonisiert der Bahnhof in keiner Weise. Wir meinen, daß sich das Bedürfnis nach einem neuen Hauptbahnhof dringend geltend macht und dieser Frage jetzt schon näher zu treten dürfte nicht unangebracht sein.

Ebringen (Amt Freiburg), 22. Jan. Mit den ersäwert Amtsuntersuchungen des Postagenten Heinrich Kuhn von hier hat sich heute das Schwurgericht in Freiburg befaßt. Auch unterschlag aus der ihm anvertrauten Postkasse den Betrag von insgesamt 1895,40 M. Zur Verbedung der Unterschläufe fälscht Kuhn mehrere Jahre hindurch die sogen. Ueberweisungsarten. Er besetzte auch 43 Briefe und nahm Schiebung aller Art vor. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu worauf er zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft, verurteilt wurde.

Mädig, 22. Jan. Wegen versuchter Abtreibung kam dieser Tage vor der Strafkammer in Karlsruhe in geheimer Sitzung die Anklage gegen die Witwe Maria Anna Schneider aus Mädig und gegen den Feizer Julius Zurell aus Markdorf zur Verhandlung. Das Urteil lautet gegen beide Angeklagten auf je 8 Monate Gefängnis.

Blankenloch, 22. Jan. Zwei hiesige 176er standen heute vor der Karlsruher Strafkammer. Unter Ausschluß der

Öffentlichkeit gelangte die Anklage gegen den 31 Jahre alten Milchhändler August Scheible und den 23 Jahre alten Landwirt Karl Barth, beide aus Blankenloch, wegen Sittlichkeitsverbrechens zur Verhandlung. Die Angeklagten hatten sich gegen den § 176, Ziff. 3 N. Str. G. B. vergangen. Das Gericht erkannte gegen Scheible auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und gegen Barth auf 7 Monate Gefängnis. An jeder Strafe kam 1 Monat Untersuchungshaft in Abzug.

Seibelsberg, 24. Jan. Der Seismograph des astrophysikalischen Instituts auf dem Königstuhl verzeichnete gestern ein sehr heftiges fernes Erdbeben. Das Vorbeben begann 4 Uhr, das Maximum war 4 1/2 Uhr. Das Beben dauerte mehrere Stunden an, erreichte jedoch die Festigkeit des kalabrischen Bebens nicht ganz.

Mannheim, 24. Jan. Einen schrecklichen Fund machte man in der Nacht vom Samstag bei einem Brande auf der Griesenheimer Insel. Die Berufsfeuerwehr Mannheim wurde gegen 11 Uhr dorthin gerufen, da ein Brand in der Scheuer des Eigentümers Weisbrod ausgebrochen war. Die Scheune war mit Heu und Stroh gefüllt, die dem Feuer gute Nahrung boten. Die Scheuer brannte bis auf den Grund nieder. Bei den Abbläsungsarbeiten fand die Berufsfeuerwehr die nämlich verohleten Leichen zweier Männer und einer Frau, wahrscheinlich Obdachlosen, die in der Scheuer übernachteten und wohl auch aus Unachtsamkeit die Scheuer in Brand fielen. Nach einer neueren Mitteilung sind gestern früh noch zwei weitere verohlete Leichen aufgefunden worden.

Selbstmord. Aus Kedarau hat sich am Sonntag Abend der in den 30er Jahren stehende, verheiratete Tapezierer und Musiker Sch. Seit von hier von seiner Familie entfernt. Gestern wurde bei Worms aus dem Rhein eine Leiche gefändet, die mit dem Vermissen identisch zu sein scheint. Was den Mann, der in ordentlichen Verhältnissen lebte, in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 25. Jan.

Die Erbschaft

Für den aus dem Bürgerausschuh geschiedenen Kaufmann Siding, welche heute Nachmittag halb 5 Uhr stattfand, schein Lebererkrankungen zu bringen. Die Demokraten stellen, da Sidingler ihrer Partei angehört, den Kaufmann Alb. Borkheimer auf. Die Wirtschaftl. Vereinigung präferiert Herrn Architekt Reumeyer. Professor an der Baugewerkschule. Sie weicht damit von dem Grundsatze ab, daß stets die Partei, welcher der Ausschließende angehört, die Vorschläge für das freigewordene Mandat zu machen hat. Wir bitten die sozialdem. Bürgerausschuhmitglieder, sich rechtzeitig zur Wahl einzufinden.

Arbeitslose!

Am morgigen Tage habt ihr euch in den schon bekannt gegebenen Lokalen zu melden.

Jahresbelohnungen für städtische Arbeiter.

Wir lesen im Stadtratbericht: Die nach dem früheren städtischen Arbeiterstatut für das Jahr 1908 den städtischen Arbeitern nach zu bewilligenden Jahresbelohnungen im Gesamtbetrage von 49 933,74 M. werden zur Auszahlung angewiesen. Als ständige städtische Arbeiter (mit dem Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung) werden 32 Arbeiter auf 1. Jan. ds. J. angestellt. Die Zahl der „ständigen“ angestellten Arbeiter ist damit auf 292 gleich 23,82 Proz. aller städtischen Arbeiter gekommen. An Jahresbelohnungen wurden seit dem Jahre 1899, dem Zeitpunkt der Einführung dieser besonderen Vergütungen, insgesamt 861 291,13 M. an die städtischen Arbeiter bezahlt. Vom 1. Jan. ds. J. an werden sie dem Tagelohn zugeschlagen und mit diesem ausbezahlt.

Herr Kammerfänger Zadlowfer

legt in der Angelegenheit: Arbeiterdiskussionsklub Wert auf die Feststellung, daß andere Motive als die angegebenen in Frage kamen, als er die Forderung auf 1000 M. stellte. Differenzen mit dem Vorsitzenden des Arbeiterdiskussionsklubs hätten ihn bewogen, die Forderung so zu stellen, daß man von seiner Person als Solist absehen mußte. Er habe sehr wohl gewußt, daß der Arbeiterdiskussionsklub seine Forderung nicht erfüllen konnte, und sie lediglich zum Vorwand genommen, um diese Differenzen mit dem Leiter des Klubs nicht in den Vordergrund rücken zu müssen. Davon könne nicht die Rede sein, daß er, Zadlowfer, vor Arbeitern nicht sitzen wolle. Auf entsprechendes Ersuchen einer Arbeiter-Deputation wäre er bereit gewesen, ohne jede Entschädigung sich in den Dienst einer Sache zu stellen.

Wir akzeptieren diese Feststellung, können uns aber doch nicht verhehlen, daß Herr Zadlowfer im vorliegenden Falle die Person von der Sache trennen mußte. Seine etwaigen Differenzen mit Herrn Dr. med. Fischer dürften nicht dazu führen, den Arbeiter-Diskussionsklub und mit ihm den vielen Besuchern der Gahnd-Aufführung diese Differenzen entgelten zu lassen. Das wird Herr Zadlowfer auch einsehen. Durch die erhobene Forderung von 1000 M. hat er sich zunächst ins Unrecht gesetzt. Wollte er nicht sitzen, gemüße die einfache Weigerung. Herr Zadlowfer hat sich also schon selbst anzuschreiben, wenn sein Verhalten in der Öffentlichkeit falsch gedeutet und daher mißbilligt wurde.

Wohnungszählung in Karlsruhe.

Im Dezember vor. J. wurden in hiesiger Stadt 387 leerstehende Wohnungen gezählt, gegenüber 383 im Mai vor. J. Davon entfielen auf die innere Altstadt 49 (im Mai 58), auf die innere Weststadt 93 (89), auf den alten Hardwald-Stadteil 7 (9), auf die äußere Oststadt 29 (38), auf die Südstadt 29 (36), auf das Stadtgartenviertel 4 (1), auf die Südweststadt 66 (73), auf den neuen Hardwald-Stadteil 9 (4), auf den Stadteil Mühlberg 80 (80), auf den Stadteil Weiertheim 5 (2), auf den Stadteil Rinkheim 14 (12), auf den Stadteil Müppurr 2 (1). Der Zimmerzahl nach waren es 39 Wohnungen mit einem, 118 mit zwei, 73 mit drei, 45 mit vier, 35 mit fünf, 27 mit sechs, 9 mit sieben, 18 mit acht und mehr Zimmern. Unterschieden

wurden 12 Wohnungen mit Gewerberäumen, 80 Mansardenwohnungen und 266 sonstige Wohnungen. Der jährliche Mietwert betrug: für die 12 Wohnungen mit Gewerberäumen 7680 M., für die 80 Mansardenwohnungen 17 746 M. und für die übrigen 266 Wohnungen 191 715 M.

Wohnungskontrolle.

Wegen Einrichtung einer ständigen Wohnungsaufsicht in Vollzug der hierüber in der Landesbauordnung getroffenen Bestimmungen werden vom Stat dem Bezirksamt Vorschläge gemacht.

Grünwinkel.

Zum Armenpfleger wurde Stadtrat Florian Mayer ernannt.

Wegen Ernennung eines Nachfolgers für den von dem Amte eines Leichenhauers im Stadtteil Grünwinkel zurückgetretenen bisherigen Stelleninhaber wird Antrag beim Bezirksamt gestellt.

Der in Grünwinkel von der Durmerheimer Straße zur Neubruchstraße parallel und südlich der Mörcher Straße hinführenden Straße wird der Name „Sinner-Straße“ (nach dem Gründer der Brauerei Sinner, Georg Sinner) beigelegt.

Aufhebung einiger Haltestellen.

Das städtische Straßenbahnamt beantragt zur Beschleunigung des Betriebes der Straßenbahn mit Wirkung vom 1. Februar ds. J. an die Haltestellen an folgenden Punkten aufzuheben: Ecke Schiller- und Goethestraße, Ecke Kaiser-Allee und Scheffelstraße, Ecke Kaiser- und Leopoldstraße, Ecke Kaiser- und Herrenstraße und Ecke Kaiser- und Kronenstraße und zwar in beiden Fahrtrichtungen. Der Antrag wurde vom Stadtrat genehmigt.

Die Eisbahn im Stadtpark ist heute wieder im Betrieb.

An der Besprechung der Gählerischen „Symphonie“ ist der Satz im letzten Abschnitt: „Dies etwa sind die Eindrücke, die man nach einmaligen Spielen und Durchlesen der Partitur von Gählers „Erster Symphonie“ empfängt“ auf seinen ursprünglichen Wort auf richtigzustellen. Der Satz muß heißen: Dies etwa sind die Eindrücke, die man nach einmaligem Hören und mehrmaligem Spielen und Durchlesen der Partitur von Gählers „Erster Symphonie“ empfängt.“

Kabatt-Spar-Verein Karlsruhe. Wie aus einer Anzeige dieses Vereines in der heutigen Nummer unseres Blattes ersichtlich ist, hat am letzten Montag, 18. Januar eine Verlosung von 5000 M. stattgefunden. Ziehungsliste können bei den in der Anzeige genannten Vorstandsmitgliedern eingesehen und von den bezogen werden. Die Gewinne gelangen bei der Geschäftsstelle des Vereines, Bankhaus Welt & Somburger, zur Auszahlung.

Schreckenstat zweier Straßenräuber in der Nachbarschaft Londons.

London, 23. Jan. In der Kaufhaus-Fabrik Schürmann in Tottenham waren zwei junge russische Arbeiter beschäftigt gewesen und kürzlich entlassen worden. Heute Vormittag laueren sie vor dem Eingang der Fabrik dem Kassierer auf, der in einem Automobil die Gelder für die Arbeiterlöhne brachte. Sie schossen auf den Chauffeur und entrißen dem Kassierer den Geldbeutel. In der Nähe stehende Polizisten nahmen sofort die Befolgung auf. Als man die Verperabes zum Stehen gebracht hatte, feuerten sie, töteten einen Polizisten und ein dabei stehenden Knaben, verwundeten mehrere Menschen. Da die Verfolger unbewaffnet waren, entkamen die Räuber auf neu in der Richtung nach Walthamstow, etwa 60 Mann ihnen nach.

Unterwegs stießen sie auf einen Wagen der elektrischen Trambahn, sprangen auf und zwangen den Kondukteur mit gehaltenem Revolver in rasendem Tempo davonzufahren. Die Passagiere wagten nicht, etwas zu tun. Die jetzt bewaffneten Polizisten setzten in anderen Trambahnwagen und Automobilen nach. Die Räuber sprangen am Ende des Gleises von dem Wagen ab, bemächtigten sich, fortwährend schließend, eines Milchwagens und fuhrten nun auf den Eppingwald zu. Hier wurden sie umstellt, da ihre Munition zu Ende ging. Der eine blieb stehen und feuerte den Revolver auf sich ab, der andere flüchtete noch in ein Cottage, erbrach die Tür und rannte bis aufs Dach. Als die Verfolger einbrangen, erschoss er sich auch. Sein Gefährte ist tödlich verwundet. An zwanzig Menschen sind außerdem angeschossen worden.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

H. B. Wählertal. 1. Kauf bricht nicht Miete; der Mieter braucht die am 11. Januar erfolgte Kündigung nicht anzunehmen. 2. Der Mieter muß am 1. Februar nicht ausziehen.

Briefkasten der Knallerbs.

Paasfeld. Inzerat wird erscheinen. Mühlberg. Inzerat geeignet. S. D. Durlach. Artikel erscheint.

Vereinsanzeiger.

Gaggenau. Die Kartelldelegierten der einzelnen Gewerkschaften werden ersucht, morgen (Dienstag) Abend halb 9 Uhr in der „Volkshalle“ zu erscheinen. Auch die Vorstehenden sind freundlichst eingeladen. Tagesordnung: Konstituierung des Kartells. 477

Bruchsal. (Gewerkschaftskartell.) Donnerstag, 28. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, in der „Neuen Sonne“: Generalversammlung. Die Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Desgleichen werden die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften ersucht, dahin zu wirken, daß die Delegierten am Platze sind. 472

Freiburg. (Sozialdem. Verein.) Dienstag, 26. Jan.: Generalversammlung punkt halb 9 Uhr in der Restauration Sauts, Velforstraße. Vollzähliges Erscheinen erwartet. 475 Der Vorstand.

Kahr. (Sozialdem. Verein.) Dienstag, den 26. Januar, abends halb 9 Uhr: Versammlung im Lokal auf der „Schanze“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Geschäftliches.

Back', brat' und koch' mit ALCO-Fett! Es spart, schmeckt gut u. bräunt auch nett.

Interaktion... über Anrecht nach Schomberg mit feinen alten Bouteillen. Durch die Grenzsetzung Grenzübergang die Fahrt an der Hiere talab gerichtet, sondern als den regelmäßigen Bestandteil einer solchen

Milch mögen

viele Kinder nicht. Da ist Kathreiners Malzkaffee ein willkommener Helfer aus der Verlegenheit: Mit Kathreiners Malzkaffee vermischt, wird die Milch zu einem wohlschmeckenden Getränk, das den Kleinen zusagt. Es gibt nicht Bekömmlicheres für unsere Kinder! — Verkauf nur in ganzen, halben und viertel Paketen; ein Viertelpaket 10 Pfg.

S. Model

DIENSTAG SCHLUSS des INVENTUR-VERKAUFS

RESTE UND COUPONS

von Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Waschstoffen, Weisswaren, sowie

RESTBESTÄNDE

von Damen-, Kinderkonfektion u. halbfertigen Roben trotz der ausserordentlich zurückgesetzten Preise.

10% EXTRA-RABATT

IN BAAR ODER MARKEN.



Kaliol

gefehllich geschliffen, bestes, billigstes Waschlittel. Tausende von Anerkennungen. Garantiert unschädlich für die Wäsche. Nur echt mit nebenstehender Schutzmarke. Ueberall erhältlich. Alleinige Fabrikanten: 158 Seifenfabrik Lörrach (Baden).



Freiburg.

Wollen Sie sich gut und billig kleiden, tragen Sie Ueberzieher von

Jul. Bollerer

Spezialhaus für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Kaisersfrasse 131.

Mitglied des Rabattsparevereins

Schlosshaltung
Erfindung d. d.
Patentanwaltbüro Karlsruhe
Kreuzstr. 77.

Colosseum Freiburg.

Die 3 goldenen Jungfrauen

in ihren herrlichen Meisterwerken der Goldschmiedekunst. Empfohlen durch den königl. Professor der Bildhauerkunst Herr Reinhold Vegas, Berlin. (Kunstl. Zeitung S. de Bry).

Phänomenal- Programm,

wie man es nicht bald zu sehen bekommt. Kassa 7 1/2 Uhr, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf Kampses Zigarrenhaus, Kaiserstr. 89. 359

Sonntag in beiden Vorstellungen:

„Die 3 goldenen Jungfrauen“ nachm. 4 u. abends 8 Uhr.

Von 11—12 1/2 Uhr:

grosses Frühkonzert bei freiem Eintritt. Auftreten von Max Frey.

Alona

Fahrräder

u. Zubehörtelle enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. Fahrradhaus Wiehre Freiburg i. B. G.

Musikhaus Ruckmich Freiburg i. B.

Musikinstrumente

- Violinen Zithern
- Gitarren Zithern
- Mandollinen Gitarren
- Flöten Trommeln
- Blechinstrumente
- Spieldosen 192
- Gramophone

in allen Preislagen.

Reparaturen.

Verlangen Sie Kataloge unter Angabe Ihrer Wünsche.

Fahrräder!

mit Doppelglockenlager und Garantie

von Mk. 62.— an

Laufdecken v. M. 2.85 an

m. Garantie v. M. 4.15 an

Luftschläuche v. M. 2.25 an

m. Garantie v. M. 3.10 an

Nähmaschinen

Wäschmaschinen

Zubehörtelle, Reparatur enorm billig.

Kataloge gratis, Vertreter gesucht

Fahrradhaus Wiehre

Freiburg i. B. Schwarzwaldstr. 9 Teleph. 500

Eier! Eier!

Noch nie dagewesen!

Frische Steiermarker per 100 Stück Mk. 11.—

1a Tafelbutter 1.15 bis 1.25 Mk.

Landbutter 1.— Mark per Pfund

empfehlenswert 454

Nikolaus Reichert

Schützenstr. 60. Telephon 2153.

Bekanntmachung.

Nr. A 548. Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren ich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf Montag, den 25. Januar ds. Js., nachmittags 5 Uhr, in den großen Rathhaussaal einzuladen.

Tagesordnung:

1. Errichtung eines Denkmals für Großherzog Friedrich I.
2. Dienstverträge mit dem 1. und 2. Bürgermeister.
3. Erwerbung des Grundstücks Lfd. Nr. 2486 und 2485 an der Staufenbergerstrasse in Baden-Baden (Hotel Friedrichshöhe) zum Zwecke der Einrichtung eines Gedenksteins.

Vor der Sitzung — von 4 1/2 bis 5 Uhr — findet die Wahl eines Stellvertreters für den aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Stadtverordneten, Herrn Kaufmann Karl Ludwig Sickingen, statt.

Karlsruhe, den 18. Januar 1909.
Der Oberbürgermeister: Siegrist. Räder.

382

10% Rabatt.

Ab 1. Januar gewähre auf alle Stoffe, welche von Privat-Kundschaft gekauft werden, obigen Rabatt von 10%.

Wilh. Wolf jr.,
Tuchabteilung, Kaiserstrasse 82a,
Eingang Lammsstrasse.

Öffentliche Lesehalle, Schützenstrasse 35

ist unentgeltlich geöffnet von 12—2 und 6—10, Sonntags 10—12. 3. Zeitungen, 70 Zeitschriften liegen auf. 474

Süddeutsche Kohlen-Handels-Gesellschaft

m. b. H.

Karlsruhe Stuttgart

Telef. 665 Bureau: Friedrichsplatz 11 Telef. 665

liefern sämtliche Sorten.

Kohlen, Koks, Briketts

in Ia. Qualität. 195

Preislisten zu Diensten.

Syndikatfrei. Syndikatfrei.

Arbeiter! abonniert den Volksfreund.

Freiburg.

Sind Sie ein Freund

wirklich guter preiswerter Cigarren oder Cigaretten, so besorgen Sie Ihren nächsten Einkauf im Cigarrenhause

Eldorado

Schiffstrasse 14.

452

Senfentarten, die kaum einen Duftmeyer Sänger haben, bestehen in viel Gehenstrahl, doch sie die ganze kalte Gerüche ohne Schaden überdauern. Der Geruchungsstoff ist treu, in welchen die Senfen überdauern, ist ein sehr wertvolles. Sie meinen ausgedehnten Liter lassen nur

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

dem Bau von kleinen Kautschukbrennen zu, die mit breiten Stäben und jeder halbhöhe fassen, betriebsfähige fassen und einen Zug gewöhnlicher Schlingen fortbewegen können. Auch damit betriebs man sich in England, jedoch in Deutschland, einen

hofft besser als Pferde festhalten, jedoch bei Giftenthalten, als auch bei heutigen Kautschuk. Schon 1788, lange vor der Erfindung des Kautschukbrennens, unternehmen bei dem Kautschuk Erperimenten mit einem Holzgummi, das als wirtlicher

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Generalversammlung.

Mittwoch, den 27. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht;
 2. Neuwahlen in den Vorstand;
 3. Stellungnahme zum Landesparteitag;
 4. Wahl der Delegierten zum Parteitag;
 5. Beratung etwaiger Anträge.
- Anträge, welche in der Generalversammlung zur Diskussion gestellt werden sollen, müssen bis längstens Samstag, den 23. Januar, bei dem Vorstand eingereicht sein.
- Wir loben unsere Mitglieder zu dieser Versammlung mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen höchst ein.
- Der Vorstand.

Arbeitslose!

Das hiesige Gewerkschaftsstatut fordert hierdurch alle am hiesigen Plage wohnenden Arbeitslosen (gelernte wie ungelernte, organisierte wie unorganisierte) auf, sich am

Dienstag den 26. Januar

in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr bei einer der nachverzeichneten Stellen zu melden: Arbeitersekretariat, Kurvenstraße 19. Expedition des Volksfreund, Luisenstraße 24. Verba d. bureauz der Maler, Jähringerstr. 77. Maurer, Durlacherstraße 31. Metallarbeiter, Markgrafenstr. 26. Transportarbeiter, Winterstr. 20. Restaurationen: Palme, Lessingstr. 40. Rheinkanal Mühlburg, Wälder Ruckel Weiertheim. Grüner Baum Müppurr, Friedrichstraße 12. u. 13. eim.

Diese auf Beschluss des Gewerkschaftsstatutels veranstatlet

Arbeitslosen-Zählung

soll den Zweck haben, festzustellen, welchen Umfang die Arbeitlosigkeit am hiesigen Plage hat und ob die von der hiesigen Stadtverwaltung zur Vinderung der Not getroffenen Maßnahmen ausreichend sind, oder ob noch weitere Maßnahmen getroffen werden müssen.

Verstärke kein Arbeitsloser sich zu melden!

Die Kartellkommission.

Verein Volksbildung Karlsruhe (e.V.)

Einladung

zu der am Freitag, den 29. Januar, abends 9 1/2 Uhr, im Hörsaal des Chemischen Instituts der Techn. Hochschule (Eingang Schulstraße) stattfindenden

General-Versammlung.

Tagesordnung:
Erstattung des Jahresberichts.
Ablegung der Jahresrechnung und Entlastung des Schatzmeisters.
Genehmigung des Vorantrages.

Gewerbeverein Karlsruhe (e.V.)

Am Montag, 25. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet im Saale der Landesgewerkschaft (2. St.) ein

Sonder-Vortrag

für die Mitglieder der gewerblichen Vereinigungen über „Gasföck- und Gasbackapparate“ (Vortrag: Herr Ingenieur Reiger vom Groß-Landesgewerbeamt.) Daran anschließend: Rundgang durch die Ausstellung. Zur Teilnahme hiezu sind unsere Mitglieder höchst eingeladen.

Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe (E.V.)

Ziehungslisten

über die am 19. Januar ds. Js. erfolgte Verlosung von **Mk. 5000.-**

können eingesehen bzw. in Empfang genommen werden bei folgenden Vorstandsmitgliedern:

- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Bauer, Wilh., Kaiserstr. 84, | Ruhn, Leonh., Adlerstr. 18a, |
| Bähr, Wilh., Waldstr. 51, | Rieser, Fried., Lintenseimer- |
| Doble, Ernst, Augartenstr. 24, | straße 15, |
| Dietrich, Rud. Hugo, | Leipheimer & Wende, |
| Kaiserstr. 179a, | Kaiserstraße 169, |
| Dorner, Germ., Adlerstr. 2a, | Lösch, Jacob, Herrenstr. 35, |
| Etlinger, Wbr., Kaiserstr. 199, | Nagel, Fried., Waldstr. 43, |
| Freiheit, Germ., Kaiserstr. 117, | Reis, Fris, Luisenstr. 68, |
| Jessen, C., Kaiserstr. 29a, | Schneider, W., Kaiserstr. 181, |
| Kern, Frd., Karlsruherstr. 22, | Tisch, Sch., Kronenstr. 45, |
- sowie bei unserer Geschäftsstelle Bankhaus Zeit & Gomburger, bei der auch die Gewinne ausbezahlt werden.

Gewinnbeträge, die am 1. April ds. Js. noch nicht erhoben sind, werden als verfallen betrachtet.

Der Vorstand.

Programm zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II. Mittwoch, den 27. Januar 1909.

Samstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr: Festbankett der Bürgerstadt im großen Saale der Festhalle.
Dienstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr: Großer Pavementfest von Ede. Festend- und Bismarckstraße aus mit anschließender Musikführung auf dem Kaiser-Platz.
Am Festtage: Festsaugung der Stadt.
Morgens 7 Uhr: Festgeläute. Abgabe von 101 Kanonenschüssen auf dem Lauterberg durch die freiwillige Feuerwehr.
Morgens 8 1/2 Uhr: Festchor vom Mühlburger Tor aus.
Morgens 9 Uhr: Choralmusik vom Turm der evangelischen Stadtkirche.
Vorm. 9-11 Uhr: Festgottesdienste in den Kirchen der Stadt.
Vorm. 12 Uhr: Parade der Garnison auf dem Schloßplatz. Abgabe von 101 Ehrenschüssen auf dem Ensländer-Platz.
Nachm. 2 Uhr: Festessen im großen Saal des Museums.
Nachm. 4 Uhr: Festkonzert im großen Saale der Festhalle.
Abends 7 1/2 Uhr: Festvorstellung im Großherzoglichen Hoftheater.
Karlsruhe, den 20. Januar 1909.

Der Stadtrat:

Siegrist.

466

466

Ortskrankenkassen.

Wir bringen hiermit den Kassennutznießern der hiesigen Ortskrankenkassen in Erinnerung, daß die Statuten bei der Kassennutznießung unentgeltlich abzugeben sind. Die Arbeitgeber und Dienstverpflichteten werden ersucht, bei der Anmeldung von Versicherungs-pflichtigen sich die Statuten für die Leeren verabfolgen zu lassen. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die Tabellen bezüglich der Berechnung der Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge der „Allgem. Ortskrankenkasse“ und der „Ortskrankenkasse der Handlungsgesellen“ bei uns vorrätig sind und ebenfalls unentgeltlich bezogen werden können. Desgleichen stehen den Geschäftsinhabern Plakate bezüglich der Evidenzlisten der Herren Stadtärzte in der städt. ambulatorischen Klinik zum Anschlag in den Geschäftsräumen unentgeltlich zur Verfügung und ebenso Verzeichnisse über die an der freien Arztwahl beteiligten Kassenzurückversicherer und deren Evidenzlisten. Nur die in dem Verzeichnis angeführten Kassenzurückversicherer sind — von dringenden Fällen abgesehen — berechtigt, auf Kosten der Kassenzurückversicherer zu verschreiben oder Heilverfahren zu beantragen. Gegen Verletzung der Selbstkosten sind ferner zum Vollzug der An- und Abmeldungen Sammelhefte mit 50 und 12 Meldeformularen — letztere auch für Dienstverpflichteten — am Schalter der Meldestelle für Kranken- und Unfallversicherung erhältlich.

Karlsruhe, den 22. Januar 1909.

Verwaltungs-Direktion.

Sigmund.

465

Arbeiter-Diskussionsklub Karlsruhe.

Dienstag den 26. Januar 1909, abends halb 9 Uhr, (pünktlich), im großen Saal des Gemeindehauses der Weststadt, Blücherstr. 20

43. Vortragsabend.

Thema: „Luther und der deutsche Volkscharakter.“
Redner: Herr Stadtpfarrer Karl Dörschbacher.
Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder wenigstens 10 Pfennig.

Der Vorstand.

Gewerbe- und Vorschussbank Karlsruhe, Zirkel 30

bewilligt Darlehen auf bestimmte Zeit gegen Personalbürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren, gewährt Kredite in laufender Rechnung (Kontokorrent), vermittelt Baukredite und Hypotheken, diskontiert Wechsel, besorgt den An- und Verkauf von soliden Wertpapieren, nimmt Bareinlagen sowohl auf Konto-Korrent (Scheckverkehr) als auch auf Einlagebücher an.

Nürnberger Geldlose

6319 Geldgewinne mit zusammen 150000 Mark spielen schon am 9. Februar. 1 Los à Mk. 3, 10 Stück Mk. 28 off. rieren

Lotteriebanc Gebr. Göhringer, Kaiserstraße 160.



Partei-Buchhandlung, Markgrafenstrasse 26,

empfehl sämtliche Gewerkschafts- und Partei-Literatur.

Wir bitten die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder um gefl. Benützung unserer Buchhandlung.

Ferner empfehlen: Schreibmaterialien — Schularfikel. Die Verwaltung.



Verloren ging am Samstag mittag von 5-1/2 Uhr ein K. Vortm. mit Inhalt von Luitenstr. bis Pfaffenstr. Abg. geg. Pelona. Expt des Volkstr.



Frische Ware zwecks Empfehlung 2/3 124 2/4 3/4 124
alle 9 Sorten zusammen: 10 Kratzer, u. 20 Kratzer, u. 35 Kratzer, u. 50 Kratzer, u. 75 Kratzer, u. 100 Kratzer, u. 150 Kratzer, u. 200 Kratzer, u. 250 Kratzer, u. 300 Kratzer, u. 350 Kratzer, u. 400 Kratzer, u. 450 Kratzer, u. 500 Kratzer, u. 550 Kratzer, u. 600 Kratzer, u. 650 Kratzer, u. 700 Kratzer, u. 750 Kratzer, u. 800 Kratzer, u. 850 Kratzer, u. 900 Kratzer, u. 950 Kratzer, u. 1000 Kratzer.

E. Napp Nachf., Schweinhande 15a

Der Haiduck

Roman von Bucura Dumbrava, illustriert von J. Dambroger-München und vieles andere wie Erzählungen, Novellen, Skizzen, Humoresken, wissenschaftliche Abhandlungen etc. enthält der selben erschienenen Band 2 des 12. Jahrganges der Zeitschrift „In Freien Stunden“

Preis: guter Leinenband 3,50 Mk., Halbfranz 4 Mk.
Auch Bibliotheken u. Anschaffung empfohlen.
Zu beziehen durch:
Partei-Buchhandlung, Markgrafenstr. 26.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten vom 14. bis 19. Januar: Hilda Luise, Vater Friedrich Wilh. Christian Wendling, Kunstgärtner. Frieda Karoline, Vater Karl Peter Manns, Schlosser. Friedrich Ludwig, Vater Karl Friedrich Ludwig Schwarz, Bleicher. Wilhelm Anton Friedrich, Vater Friedrich Johann Jakob Jörner, Wirt. Anna Luise, Vater Johann Gerter, Taal hner. Karl Friedrich, Vater Karl Friedrich Johann Reichmann, fädt. Arbeiter. Karl Wilhelm Paul, Vater Karl Heinrich Schmitz, Sergeant. Heiratungen vom 16. Januar. Wilhelm Friedrich Kaiser, Goldarbeiter von Gräfenhause, Oberamt Neuenhurg (Württemberg) und Luise Schöber, Näherin von Königshach. Sterbefälle vom 16.-21. Jan.: Mathias Paul, Tagelöhner, ledig, 68 1/2 Jahre alt. Jakob Demer, Pflanzmacher, 76 Jahre alt. Marie Widert, geb. Müller, Witwe des Fabrikanten Karl August Heinrich Widert, 69 Jahre alt.

Die noch einzeln vorhandenen halbwoollenen und reinwoollenen

Pferdedecken

werden um zu räumen mit **20% Rabatt** abgegeben.
Sehr lohnend für Sattler und Wiederverkäufer.

Arthur Baer
Karlsruhe, Kaisersstrasse 93
1 Treppe hoch.

Zirkel 32
Ede. Ritterstraße, 1 Treppe.
Enorm billig
eine Partie 168

Herrenstoffe

sowie Damen- u. Herrenwäsche.

An- u. Verkauf

getragen, gut erhalten, Herren- u. Damenkleider, Schuhe usw. sehr hohe Preise. Volle Garantie. Frau Kona u. u. Brunnenstr. 5, nächst der Markgrafenstraße.

Färberei D. Lasch.

Tadellose Bedienung u. bill. Preise
Rabattmarken. 121

Möbliertes Zimmer

an soliden Arbeiter zu vermieten
Adlerstr. 2, 2. St., Baden-Baden. 478

Holz

zum Aufauern, in verschiedenen Sorten, durchaus trocken, 1000 Stk. 1. St., bei 5 Stk. 1.40 frei ins Haus. 68
Wunderholz für Wiederbesitzer fortwährend zu haben.

Friedrich Reich,

Karl Wilhelmstraße 66.

Degenfeldstr. 1 3. St. links wird ein anständiger Arbeit. als Mitbewohner gesucht

Mudolfstr. 11, Dinerb ist ein freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten

Scherrstr. 12 ist eine möblierte Mansarde mit Ofen per 1. Febr. billig zu vermieten. zu erfragen im 3. St. 115. 445

Kinderwagen

gut erhalten blau rot zu verl. Müppurrerstr. 52 4. St.

Finken in u. außer dem Hause nimmt eine Frau Aufnahm. an. Uhlandstr. 24, 4. St.

Zimmer mit 2 Betten sofort od. sp. zu vermieten. Waldstraße Nr. 11 Dth. 2. Stod.

Belridigungsjurisdiction.

Die gegen die Anna Schuy-macher & Co. gemachten belridigenden Behauptungen nehme ich als unwar. zurück

Karl Hüllengäß.